

Danziger Zeitung.

№ 10218.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rotherbagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Washington, 26. Febr. Präsident Grant hat neuerdings mit dem Berichterstatter der „Associated Press“ eine Unterredung gehabt und sich dabei dahin geäußert: Er glaube, daß, noch bevor seine Präsidentschaft ihr Ende erreiche, die Wahl seines Nachfolgers werde verkündet werden können. Was die Regierungen in den Südstaaten anbelange, so sei seine Ansicht, daß dieselben, falls sie sich nicht aus eigener Kraft zu behaupten vermöchten, einer anderen Regierung Platz machen müßten. Er glaube, die Bevölkerung sei es müde, dieselben unter der Stütze der Militärgewalt ihren Platz behaupten zu sehen.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 26. Februar.

Vor der Tagesordnung erhält Abg. Windthorst (Bielefeld) das Wort, um seine in der Sitzung vom 14. d. über den Graf zur Lippe gehaltenen Ausführungen anzuschließen, nachdem Graf zur Lippe ihm schriftlich erklärt, daß er in seiner Herrenhausrede den preussischen Reichthum nicht habe beleidigen wollen. (Beifall rechts.)

Dane Debatte nimmt das Haus zunächst den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Lehnverbandes der dem sächsischen Lehnrechte, der Magdeburger Polizeiordnung und dem Longobardischen Lehnrechte, sowie dem Allg. Preuss. Landrechte unterworfenen Lehen in den Provinzen Sachsen und Brandenburg in erster und zweiter Beratung an und genehmigt in dritter Beratung definitiv den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung von Beständen für außerordentliche Bedürfnisse der Bauverwaltung im Etatsjahr 1877/78 und die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der Ausgaben für Bauausführungen auf den Staatsbahnen.

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staats für eine Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft bis zur Höhe von 22 940 000 M. Die Budget-Commission beantragte die Ablehnung des Gesetzes. Die Abg. Hammacher und Wehrenpffenig beantragen dagegen die Annahme desselben, wollen aber dem § 1 folgende Fassung geben: „Der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft wird die Garantie des Staates für die Verzinsung einer 4½ procentigen Anleihe bis zum Nominalwerthe von 22 940 000 M. nach Maßgabe des beigedruckten, unterm 5. Februar 1877 mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages hiermit bewilligt. „Zur Perfectio des Vertrages vom 5. Februar 1877 ist bei der Fortdauer des Widerstands der kgl. sächsischen Staatsregierung die zustimmende Entscheidung des Bundesraths in Gemäßheit des § 76 der deutschen Reichsverfassung erforderlich.“

Abg. v. Sedlitz und Wendt: Der vom Staate mit der Bahn abgeschlossene Vertrag ist durchaus nicht finanziell bedenklich. Es liegt auch kein Bedenken vor, daß man mit Genehmigung der Vorlage etwa dem Staats-Eisenbahnsystem entgegengehe; denn wenn ein Staat bereits fast 10,000 Kilometer Staatsbahnen besitzt, so kommt es auf ein Mehr oder Weniger von 170 Kilometer kaum an. Von Bedeutung ist aber die Vorlage insofern, als die bisherigen Staatsbahnen, welche für das Königreich Sachsen von Einfluß sein könnten, daselbst nur streifen, nämlich die Nieder-Sächsisch-Märkische und die nach zu bauende Berlin-Westphalener Bahn. Es müßte demnach ein Mittelglied eingeschoben werden, damit das Reichseisenbahnproject zur Ausführung kommen könne.

Abg. Hammacher: Der Streit zwischen der sächsischen und preussischen Regierung ist gerade so zu entscheiden, als wenn es sich um die Frage handelte, ob beide Regierungen einem dritten Unternehmer der Berlin-Dresdener Bahn die Genehmigung zum Betriebe zu erteilen hätten; daß dieser Unternehmer die preussische Staatsregierung ist, kann die allgemein objectiven und wirtschaftlichen Erwägungsgründe nicht alteriren. Aus dem Sinne des Vertrages geht unzweifelhaft hervor, daß es Absicht der Parteinahmer gewesen, daß der Verkehr zwischen Berlin und Dresden ein einheitlicher sein soll; die Entscheidungen aller mit dem Betrieb der Bahn zusammenhängenden Fragen steht der preussischen Regierung zu, besonders die Bestimmung über Züge und Tarife; und wer darüber zu bestimmen hat, der hat die Entscheidung über die Lebensfragen der Bahn in Händen. Man hat aber beim Abschluß des Vertrages nicht an die Möglichkeit gedacht, daß der concessionirte Privatunternehmer auflösen könne zu existiren. Der § 14 des preussisch-sächsischen Vertrages bestimmt, daß auch in dem Falle, wo die sächsische Regierung die auf ihm Gebiet belegene Strecke der Berlin-Dresdener Bahn erwirbt, dennoch der Betrieb bei der preussischen Regierung bleiben soll. Was würde nun die Folge sein, wenn die Regierung im Hinblick auf eine eventuelle Liquidation der Berlin-Dresdener Gesellschaft nicht selbst den Betrieb übernahm? Kommt die Gesellschaft zur Liquidation, so erlöschen selbstverständlich die Concessionen, die Preußen und Sachsen erteilt haben, und die Frage, wer nun die Concession für den Betrieb erhalten soll, steht im freien Ermessen beider Regierungen. Damit würde die Einheit der Bahn vollständig aufgehoben sein, denn die sächsische Regierung hätte das Recht, den Betrieb auf der sächsischen Strecke irgend einem andern Unternehmer zu geben. Die Vorlage hat mit dem Prinzip der Reichseisenbahnen nichts zu thun. Ich kann mir in Wirklichkeit nichts weniger der Wahrheit entsprechend denken, als die Behauptung, daß mit der Etablierung eines Staatsbahnbetriebes auf der Linie Berlin-Dresden etwas anderes geschehe, als daß wir das gemischte System functioning, und alle diejenigen, welche Anhänger desselben sind, müssen sich darüber freuen, daß gerade inmitten der ausschließlichen Privat-Eisenbahn-Linie zwischen Preußen und Sachsen nun eine Staatsbahnlinie hineintreten soll, welche den materiellen Segen des gemischten Systems hier zur Entfaltung bringen kann. Die Gegner des Reichseisenbahnprojectes sind auch Gegner dieser Vorlage. Ich fasse nun jenes Project nicht so auf, als ob die sämtlichen Eisenbahnen im Laufe der nächsten Jahre in die Hände des Reiches vereinigt werden sollten; es ist der Ausdruck des Gedankens, daß sich nur im Interesse der Wohlfahrt der deutschen Nation die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens vollziehen kann und

darf, indem man fortwährend im Auge hat, daß es sich dabei nicht bloß um die Interessen eines einzelnen Landesheils, sondern um die Gesamtentwicklung des deutschen Vaterlandes handelt. Wir haben Millionen über Millionen verschwendet, weil wir immer nur locale Interessen berücksichtigt haben. Von der glücklichen Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens hängt die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes, wie von der Lösung keiner andern Frage ab. Es ist deshalb notwendig, daß auch in Deutschland an die Stelle der seitherigen Systemlosigkeit feste Grundsätze der Eisenbahnpolitik treten, und von diesem Gesichtspunkte aus würde ich es nicht den Interessen der Nation entsprechend finden, wenn die preussische Regierung eine getrennte Verwaltung der Bahn zuließe. Es würde damit zugleich eine hermetische Abgeschlossenheit der sächsischen Bahnen den Nachbarländern gegenüber eintreten, die nichts weniger ist als der Ausdruck eines deutschen Gedankens. Ich habe den Antrag gestellt, daß der Vertrag nur unter der Bedingung perfect wird, daß der Bundesrath im Sinne der Regierung seine Zustimmung giebt. Der Regierungskommissar erklärte zwar, daß dieser Zusatz nicht nöthig wäre, da die Regierung nur unter jenen Umständen das Gesetz zur Ausführung bringen würde. Ich bekenne nun, daß ich eigentlich über diese Vorlagen keineswegs erfreut bin. Freilich das Bedenken ist keinesfalls begründet, daß wir dadurch die Steuerzahler des Landes belasten würden. Bereits nach den feststehenden Betriebsergebnissen des vorigen Jahres kann vielmehr mit voller Zuversicht behauptet werden, daß die Verpflichtungen, die der preussische Staat nach dem gegenwärtigen Gesetze übernimmt, voll aus dem Betriebe werden gedeckt werden, daß also der preussische Staat daraus keine Lasten erwachsen. Ich komme nun aber auf die ethischen Gründe. Es liegt die Thatsache vor, daß die Bahn in Concurs geräth, wenn der Staat nicht eintritt. Es ist keineswegs die Pflicht des Staates, jeder Noth der Privatinteressen abzuwehren; aber wenn er in Wahrnehmung seiner Interessen, der Interessen der Angehörigen des preussischen Volkes und in der Lösung seiner wirtschaftlichen und sonstigen Aufgaben derartige Zwecke verfolgt, wie durch das gegenwärtige Gesetz erreicht werden sollen, dann freut es mich und muß es jedem Vaterlandsfreund freuen, (Unruhe) daß es möglich gewesen wäre, gleichzeitig die Interessen des Staates zu fördern und wichtige Privatinteressen vor dem Untergange zu retten. (Beifall.)

Abg. Birchow: Wir als Gegner der Vorlage stehen wesentlich unter dem Druck zweier Gedanken, einerseits des Reichseisenbahnprojectes und andererseits der Reichseinheit. Auf das Reichseisenbahnproject will ich nicht näher eingehen; aber constatiren möchte ich doch, daß sich auch der Abg. Hammacher gegen eine materielle Uebernahme der Bahnen im Principe verweigert. Man will nur ein System haben; aber ich sehe nicht ein, weshalb man dann nicht die sächsischen Grundzüge für ein solches schafft, statt eines solchen Experimentes, dessen Folgen man nicht vorhersehen kann. Man klagt von Seiten der Regierung, wie schlimm der Concurs einer Bahn wäre, da wir für eine solche Concession kein Gesetz hätten; aber weshalb macht man denn kein Eisenbahn-Concursgesetz? Zu Anfang machte man der Regierung den Vorwurf, daß sie einem übeln Unternehmen wieder aufhelfen wolle; von diesem Vorwurfe hat sie sich aber gänzlich gereinigt, mehr sogar, als mir lieb ist, denn es hat sich herausgestellt, daß die Gesellschaft selbst keinen Nutzen durch den Vertrag hat. Die Actionäre bekommen keinen Pfennig von ihrem Kapital herausgezahlt, sondern nur die Gläubiger, und diese Thatsache wird mir keineswegs dadurch sympathischer, daß der größte Theil der letzteren zugleich in den Gründen gehört. Das legitime Kapital dagegen geht vollständig zu Grunde, und da muß ich mich doch fragen, ob diese Vernichtung notwendig ist. Ich kann vom wirtschaftlichen Standpunkte durchaus keinen Grund auffinden, daß die Bahn auch über die preussische Grenze hinaus durch eine einheitliche Verwaltung haben müßte; wenn man eine einheitliche Linie bis nach Posen bekäme, so würde ich schon eher von wirtschaftlicher Einheit sprechen lassen, aber gerade die Linie Berlin-Dresden ist sehr wenig geeignet, die Präntension einer nationalen Bahn zu machen. Es sind ja auch, daran kann kein Zweifel sein, die wirtschaftlichen Gründe nicht die eigentlich maßgebenden, sondern im Hintergrunde stehen die politischen; man fest für das Reichseisenbahnproject einen neuen Sturmbock an. Ich bin entschieden gegen diese Verquickung wirtschaftlicher und politischer Rücksichten, ebenso wie ich mich bei anderer Gelegenheit gegen die Verquickung wirtschaftlicher und militärischer Gesichtspunkte ausgesprochen habe, und in dieser Beziehung wird noch Mancher an seine Brust schlagen und sagen: auch ich war ein Sünder. (Heiterkeit.) Wie weit durch eine Verquickung der wirtschaftlichen und politischen Ideen die Rechtsbegriffe verwirrt werden, habe ich aus den staatsrechtlichen Ausführungen der Regierungskommissarien in der Commission gesehen. Es wurde da z. B. ausgeführt, daß der Vertrag erst perfect werden müßte, wenn der Bundesrath seine Zustimmung gäbe. Wir haben aber sehr traurige Erfahrungen damit gemacht, daß die Regierung das Recht sich nahm, von ihr selbst genehmigte und vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetze auf diese Weise jahrelang hinauszuschieben, und ich bedauere deshalb, daß die Regierung den Weg beschritten hat, die Entscheidung des Bundesrathes anzurufen. Was würde nun geschehen, wenn wir heute wirklich die Vorlage ablehnten? Hier Möglichkeiten wären vorhanden: Ankauf der Bahn durch den sächsischen Staat; Inbetriebsetzung durch die Anhalter Bahn; Uebernahme durch Preußen, und endlich Theilung der Bahn. In Bezug auf die ersten beiden Punkte bin ich völlig damit einverstanden, daß die Regierung nicht einwilligte, aber ich habe bis jetzt absolut noch keine Gründe vorbringen hören gegen die Möglichkeit der Theilung in der Weise, daß die sächsische Regierung das in ihrem Gebiete liegende Stück ankauft. Für den Betrieb der Bahn würden durch eine solche Concurrenz zweier verschiedener Verwaltungen keine Unzuträglichkeiten entstehen. Dagegen erlaßt die Gesellschaft den Vortheil, daß sie mit dem Vertrag, welchen sie aus dem sächsischen Theil der Bahn löst, im Stande ist, den übrigen Theil der Bahn zu erhalten und, da sie ja überhaupt billig gebaut worden ist, rentabel zu machen. Auf diese Weise erhalten die Actionäre wenigstens eine kleine Rente, während ihnen mit dem Perfectwerden des Vertrages,

wie ihn die Regierung vorschlägt, sämtliches Kapital unwiderruflich verloren geht. Bei der Nordbahn und der Pommerschen Centralbahn hatten wir die Hilfe einer Möglichkeit nicht, hier jedoch haben wir sie, und wenn wir sie hier ablehnen, so wird man der Regierung den Vorwurf machen können, daß sie zum Vortheil des Staates, aber zum Schaden der Actionäre Geschäfte gemacht habe. (Beifall links.)

Abg. Wehrenpffenig: Ich sollte meinen, die Reichsverfassung ist doch dazu da, daß sie gehalten werde, und sie spricht ausdrücklich aus, daß Streitigkeiten zwischen den Bundesmitgliedern durch den Bundesrath entschieden werden sollen. Man kann daher gar nicht reichstreuer verfahren, als es die preussische Regierung in diesem Falle gethan. Ich muß durchaus befreiten, daß von der Genehmigung des uns heute vorliegenden Vertrages nur die Gläubiger der Berlin-Dresdener Bahn, keineswegs aber die Actionäre einen Vortheil haben würden. Die Bahn hat sich bekanntlich der preussischen Regierung zum Verkauf erst für 22, dann für 36 Millionen angeboten. Die preussische Regierung hat 22½ Millionen. Die Gesellschaft ging aber auf dieses Gebot, welches doch genügt haben würde, alle Gläubiger zu befriedigen, nicht ein, weil man ganz richtig schloß, wenn die Bahn erst 20 Jahre hindurch durch den Staat betrieben und verwaltet würde, sie ganz sicher eine wenn auch nicht sehr bedeutende Rente ergeben müßte, an der also die Actionäre participiren. Auch gehören die Gläubiger der Bahn keineswegs alle zu den Grundrindern. Einen erheblichen Theil der Schulden der Gesellschaft bildet der noch heute nicht bezahlte Grundbesitz, den die Bahn erwerben mußte, und dessen Eigentümer vollständig leer ausgehen würden, wenn diese Vorlage im Laufe fällt. Ich möchte doch dringend bitten, solche Behauptungen, wie sie der Redner auspricht: der Staat ruinire mit seinen concurrenden Bahnen die Privatbahnen, nicht so völlig beweislos hinstellen. Wenn ich sehe, wie in Folge der Eröffnung einer Concurrenzbahn die früher monopolistische Bahn gezwungen wird, im Interesse des Publikums, das sie bisher überall ihrem pekuniären Vortheil hinstellen durfte, Schnelligkeit einzurichten, billigere Frachttarife anzufestigen, so stelle ich mich nicht wie der Redner auf den Standpunkt der Actionäre, sondern auf den des allgemeinen öffentlichen Interesses und freue mich dieser Folgen der Concurrenz. (Sehr richtig.) Die Ablehnung des Vertrages würde überdies notwendig aufgeschoben werden als eine Verurtheilung der Schritte, welche Preußen der sächsischen Regierung gegenüber gethan, als eine Interpretation des ganzen Verhältnisses im sächsischen Sinne und das ist für mich ein sehr wichtiger politischer Grund, weshalb ich dieser Vorlage zustimme.

Minister Alvensleben: Wenn der Abg. Birchow sagte, daß die materielle Concurrenz des Staates gegen die Privatbahnen nicht gebilligt werden dürfe, so weise ich darauf hin, daß gerade dieser Gegenstand der Kernpunkt der Debatte über das Reichseisenbahnproject gewesen ist, und daß dies Haus in seiner großen Majorität damals gerade diesem Prinzip seine volle Zustimmung gegeben hat. Und nicht bloß damals, sondern bei allen großen Staatsbahnenlinien, das hat das Haus bewilligt, stand dieses Prinzip immer im Vordergrund. Einwendungen dieser Art können die Regierung in ihrem einmal beschrittenen Wege nicht irre machen. Wir müssen in der Richtung weiter vorwärts gehen, die wir einmal mit Zustimmung des Hauses eingeschlagen haben. Was die Differenz der preussischen mit der sächsischen Regierung betrifft, und die Berufung der letzteren auf den Entscheid des Bundesrathes, so hat schon der Redner darauf hingewiesen, daß, wenn die Reichsverfassung ein Mittel an die Hand giebt, Differenzen zwischen den Bundesstaaten zu lösen, es keinen bundesfreundlicheren Weg geben kann, als dieses Mittel zu ergreifen. Wohl schwerlich kann Jemand hierin etwa irgendwie eine Feindseligkeit oder etwas Gewaltthätiges erkennen, das die Regierung beabsichtigte. Der Antrag Hammacher erscheint mir nicht notwendig, sondern bereits durch dasjenige erfüllt, was die Vorlage anspricht. Es ist zu befürchten, daß in seiner Annahme eine gewisse Abschwächung der Action der Regierung liege und ich möchte daher bitten, ihn abzulehnen, wenigleich der Gedanke an sich ja durchaus berechtigt ist und wir auf demselben Standpunkte stehen. Im Uebrigen bitte und hoffe ich, daß das Haus durch Annahme der Vorlage die Regierung unterstützen möge auf dem Wege weiter zu gehen, den sie mit Zustimmung des Hauses zu beschreiten begonnen hat, nämlich das Reich und seine Organe auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu stärken, zu befähigen und weiter zu entwickeln. (Beifall.)

Abg. Kietzke: Ich befreite auf das Entscheidende, daß das Haus durch seinen Beschluß in der Reichseisenbahnfrage sich gebunden habe, der Regierung zur Erreichung des Zieles beizustehen, das der Minister uns eben vorgeführt, und das kein anderes ist, als unter Vernichtung des ganzen Privatbahnsystems sämtliche Bahnen in die Hände des Staates zu liefern. Die Regierung hat die Berlin-Dresdener Bahn mit aller Gewalt zu dem Schritte gezwungen, der in dieser Vorlage seinen Ausdruck findet. Im Interesse ihrer Fortexistenz brachte die Gesellschaft diesen Weg gar nicht in Anspruch. Ihre Schuldenmasse ist keineswegs so groß, daß sie daran hätte zu Grunde gehen müssen. Ich warne das Haus dringend, auf dem Wege, der mit dieser Vorlage eingeschlagen ist, der Regierung weiter zu folgen. Jeder Schritt, den wir in dieser Richtung thun, ist unwiderruflich; wir können ihn nie mehr zurücktun. Die Folgen aber des Systems, dessen Durchführung die Staatsregierung auch mit dieser Vorlage erstrebt, können für das Wohl des Landes und seine wirtschaftliche Entwicklung nur verderbliche sein. (Beifall.)

Minister Camphausen: Die Behauptung des Abg. Birchow, daß durch Annahme dieses Vertrages die Interessen der Bahn auf's Tiefste geschädigt würden, kann auch ich nur als völlig unzutreffend bezeichnen. Durch diesen Vertrag wird die Gesellschaft aus ihren finanziellen Verlegenheiten erlöst und die Bahn einer Verwaltung übergeben, der gegenüber von allen Seiten das Vertrauen besteht, daß sie in finanzieller Hinsicht die Interessen der Gesellschaft wahrnimmt. Die Erfahrung muß nun zeigen, welche Erträge die Bahn unter der neuen Verwaltung bringen wird. Nachdem die Ansprüche, welche der Staat zu machen hat, erfüllt sind, werden die Actionäre diejenigen Dividenden ausgezahlt werden, welche das Unternehmen aufzubringen vermag.

Das Interesse der Actionäre wird also durch diesen Vertrag in einem Maße gewahrt, wie dies überhaupt nur geschehen kann. Dem Redner gegenüber kann ich durchaus nicht zugeben, daß von der Staatsregierung die Gesellschaft in irgend welcher Weise gezwungen worden sei, diesen Weg zu beschreiten, oder daß die Regierung sie etwa verleitet habe, das Verhältniß unrichtig aufzufassen und dadurch in Nachtheil gebracht zu werden. Ich bitte, doch nicht zu übersehen, daß im Eingange des Vertrages ausdrücklich die Genehmigung der Generalversammlung der Actionäre vorbehalten ist. Diese Generalversammlung wird, wie ich vernommen habe, am 20. März zusammentreten und sie wird ja dann in vollständiger Kenntniß sein von Allen, was heute hier verhandelt und von Seiten der Staatsregierung erklärt worden ist. Die Generalversammlung wird also in voller Freiheit endgültig über die Annahme des Vertrages sich entscheiden können und wenn sie ihn etwa nicht gut heißen will, so ist ihr das unbenommen. Von einem Zwang kann den Actionären gegenüber nicht die Rede sein, sondern nur davon, daß die preussische Regierung die dem Staate zustehenden Rechte zur richtigen Zeit richtig gewahrt habe, und das hat sie gethan.

Referent Abg. Berger: Ich bin erfreut darüber, daß sich die Gerichte, welche das Haus durchschwirren, daß zwei Minister bei diesem Gesetze die Cabinetsfrage stellen würden (Bewegung), nicht bewahrt haben. Was die angeordnete Cabinetsfrage betrifft (Unruhe), so glaube ich doch, daß die preussischen Minister uns nicht zu sehr verwirrt haben, und daß sie auch keine Veranlassung hatten, gerade bei dieser Gelegenheit die Cabinetsfrage zu stellen. Was nun die Frage selbst angeht, so handelt es sich um eine Gründung der bedeutendsten Art, zu deren Rettung der Staat berufen wird. Bei der Pommerschen Centralbahn hat man erst nach Beilegung der alten Gesellschaft durch den Concurs sich zum Ankauf entschlossen; bei der Berliner Nordbahn die Zinsgarantie verweigert und erst später Ankauf beschlossen. Wenn man jetzt der Berlin-Dresdener Bahn zu Hilfe kommt, so schafft man damit ein gefährlich Präcedenz. Noch gefährlicher ist es aber, daß man eine solche Gründung zum Gegenstand einer Complication mit einer andern Bundesregierung macht. Es ist doch dabei nicht zu vergessen, daß die sächsische Regierung einen großen Theil ihrer Prerogative freiwillig dem preussischen Staate überlassen hat; für eine derartig entgegenkommende Handlungsweise erlitten wir ihr durch Annahme dieser Vorlage keinen besonderen Dank. Der Abg. Hammacher empfiehlt die Annahme der Vorlage aus den Gesichtspunkten einer nationalen Eisenbahnpolitik; ich möchte doch bemerken, daß die erste Anregung zu einer Tarif-erhöhung nicht von den Privatbahnen, sondern vom Finanzminister ausgegangen ist. Die Freunde des gemischten Systems müssen gegen die Vorlage stimmen, weil die Staatsbahnen im Osten schon prävaliren und es nicht rathsam erscheint, ihr Uebergewicht noch weiter auszuheben. Zugleich wird durch die Ablehnung dieser Vorlage der Frieden mit einer andern Regierung wieder hergestellt; denn daß das gute Gervernehmen entschieden gestört ist, scheint mir unzweifelhaft. (Widerpruch.) Finanzielle Bedenken sind in erheblichem Umfange allerdings nicht vorhanden, denn der Staat wird kaum bedeutende Zuschüsse zu leisten haben; bedenklich aber ist es, daß etwa entstehende Ueberschüsse nicht den Stamm-actionären, sondern den Prioritäteninhabern zu Gute kommen werden, welche letztere zum größten Theil mit den Gründern identisch sind; ich glaube nicht, daß der Staat ein Interesse daran hat, diesen Leuten finanzielle Vortheile zuzuwenden.

Minister Camphausen verwahrt sich dagegen, daß er die Tarif-erhöhung bei den Eisenbahnen angeregt habe. Wenn dann der Referent von Gerichten sprach, daß zwei Minister aus der Annahme dieser Vorlage eine Cabinetsfrage zu machen gedenken, so muß ich bemerken, daß ich nicht weiß, ob die Ansicht, daß eine solche Cabinetsfrage vorliege, die Zahl der Botanten für oder gegen vermehren wird. Ich will aber nicht Anstand nehmen, hier auszusprechen, daß die beiden Minister aus der Annahme oder Ablehnung dieser Vorlage eine Cabinetsfrage nicht machen werden und zwar, weil das Votum aus den verschiedensten Motiven sich bilden wird. (Sehr richtig.) Wenn uns aber gewisse Bestrebungen, die gegen die beiden Minister gerichtet sind und denen der Referent nicht fern steht, dahin bringen wollen, daß wir Grundsätze verleugnen sollen, zu denen wir uns früher bekannt haben, so kann ich ihm vorherzagen, daß ich für meine Person diese Cabinetsfrage sofort stellen werde. (Beifall.)

Minister Alvensleben: Ich kann mich den Worten meines Collegen nur anschließen. Aber ich hätte noch den Wunsch gehabt, daß der Referent die vielen Einwendungen, die er unabhängig vom Commissionsbericht gegen die Vorlage selbstständig vorgebracht (sehr richtig), zu Anfang der Discussion gemacht hätte, damit man in der Lage gewesen wäre, ihn zu widerlegen. Ich verzichte im gegenwärtigen Augenblick darauf, um die Geduld des Hauses nicht lange in Anspruch zu nehmen. (Beifall.) Ich muß aber mit Bestimmtheit aussprechen, daß die Staatsregierung ihre Maßregeln bezüglich der Tarife vertreten wird; jedenfalls kann ich nicht billigen, wenn der Adel über diese Maßregeln durch diejenigen, von denen sie mit ausgegangen sind, auf diejenigen allein übertragen wird, welche an jenen Maßregeln sich betheilig haben, weil dieses Haus sie dazu anforderte. Der Abg. Berger als damaliger Referent wird mich verstehen; denn er hat selbst zu denjenigen gehört, die unter dem Eindruck der damaligen Verhältnisse jene Maßregel als richtig anerkennen mußten.

§ 1 wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 182 Stimmen angenommen; desgleichen ohne Debatte die §§ 2 und 3.

Es folgt die dritte Beratung des Staatshaushalts für 1877/78. Es knüpft sich nur an wenige Titel eine Bepflegung.

Zum Etat der directen Steuern bemerkt der Abg. Bertog, daß der Finanzminister unterm 3. Januar d. J. zwar eine Instruction erlassen habe, welche in klarer Weise die Grundzüge anspricht, nach welchen die Einschätzung zur Klassen- und classificirten Einkommensteuer geschehen solle, über den Modus des Einschätzungsverfahrens selbst fehle aber jede feste Norm und die Einzelregierungen gingen in ihren Anordnungen beliebig über die gesetzlichen Grenzen hinaus, namentlich über die Bestimmung, daß bei der Einschätzung das lästige Einbringen in die Verhältnisse der Familien

bermieden werde. Redner ersuchte um feste Regelung des Verfahrens. (Beifall.)

Zum Etat der Eisenbahnverwaltung wiederholt Abg. Schröder (Lippstadt) die Klage, daß es den Colporteurs und Restaurateuren auf den Bahnhöfen nicht gestattet sei, oppositionelle Zeitungen zu führen.

Zum Etat des auswärtigen Amtes bringt Abg. Lassen den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, den Artikel V. des Prager Friedens baldigst zur Ausführung zu bringen. Nachdem der Abg. Hansen auf das feste Wachen des Deutschlands in Nordschleswig, besonders in den Städten aufmerksam gemacht, empfahl der Abg. Krüger (Hadersleben) die Annahme des Lassen'schen Antrages. Derselbe wird jedoch gegen die Stimmen der Polen und einiger Centrumsmitglieder (v. Schorlemer, Häfner, Münzer, Schröder (Lippstadt) u. A.) abgelehnt.

Zu Kap. 72, Tit. I, der dauernden Ausgaben (Justiz-Ministerium) beantragt Abg. Michalek: „Die Staatsregierung aufzufordern, die Rangverhältnisse der Justizbeamten unter Gleichstellung mit denen der Verwaltungsbeamten, spätestens bis zu der bevorstehenden Justizreorganisation, zu regulieren.“ — Minister Leonhardt erklärt, daß diese Verhältnisse bei der demnächstigen Reorganisation der Justizverwaltung geregelt werden sollen. — Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Herrenhaus.

11. Sitzung vom 26. Februar 1877.

Für die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1875, soweit sie sich auf die preussische Verwaltung beziehen, wird Decharge erteilt. — In einmaliger Schlußberatung wird der zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen abgeschlossene Vertrag wegen der künftigen Unterhaltung der Schiffsfahrtszeichen an der Unterweser und wegen der Ausführung und Unterhaltung der zur Erhaltung der Insel Wangerooge erforderlichen Strandbauwerke angenommen.

Es folgt der Bericht der Justiz-Commission über die Vorlage, betreffend die Grenzregulierung zwischen Preußen und der freien Hansestadt Hamburg bezüglich des zwischen der Bleicher- und der Jägerstraße belegenen Terrains. Referent Graf von Lippe beantragt Namens der Justizcommission: I. dem Staatsvertrage vom 11. Mai 1875, betreffend die Grenzregulierung zwischen Preußen und der freien und Hansestadt Hamburg bezüglich des zwischen der Bleicher- und Jägerstraße belegenen Terrains, die Zustimmung zu erteilen; II. dem nachstehenden Gesetzentwurf zuzustimmen:

„§ 1. Der nach dem anliegenden Staatsvertrage vom 11. Mai 1875 von der freien und Hansestadt Hamburg an Preußen abgetretene Gebietsheil wird mit der preussischen Monarchie für immer vereinigt und dem Provinzialverbande Schleswig-Holstein, insbesondere dem Gebiet der Stadt Altona, zugeteilt. Es treten für jenen Gebietsheil die Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften in Kraft, welche in dem durch denselben Vertrag von Preußen an die freie und Hansestadt Hamburg abgetretenen Gebietsheil bisher in Geltung waren.“ § 2. Dagegen wird der in dem Artikel I des Vertrages vom 11. Mai 1875 bezeichnete, bisher preussische Gebietsheil an die freie und Hansestadt Hamburg abgetreten. § 3. Das Staats-Ministerium wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“ — Nach längerer Debatte, die sich darum dreht, ob der II. Theil des Antrages, der die Ausführung des Vertrages aufhalten werde, notwendig ist oder nicht, werden I. und II. nach dem Vorschlage der Commission angenommen.

Der Gesetzentwurf über die heffische Brandversicherung-Anstalt wird unter Streichung des § 7 und unter Aenderung der §§ 9 und 36 angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Danzig, 27. Februar.

Der Vertrag mit der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft wegen Uebernahme des Betriebs durch den Staat ist gestern vom Abgeordnetenhaus mit 189 gegen 182 Stimmen in zweiter Lesung genehmigt worden. Daß die Regierung großen Werth auf die Annahme legte, zeigte das wiederholte Eingreifen der Minister Camphausen und Achenbach in die Debatte und die Theilnahme sämtlicher dem Hause angehörender Minister an der Abstimmung. Von den Fraktionen stimmten die Fortschrittspartei, das Centrum und die Nationalconservativen gegen, der größte Theil der Nationalliberalen, der Frei- und der Neuconservativen für die Vorlage. Die Mehrheit wurde augenscheinlich der Hauptsache nach durch den Gedanken bestimmt, daß in dem einmal entstandenen Streite zwischen Preußen und Sachsen kein Grund vorliege, die Regierung im Stiche zu lassen, da der letzteren der Geist des Staatsvertrags von 1872 zur Seite stehe, und daß ein ablehnendes Votum, welches anderen und verschiedenen Beweggründen daselbe immer entsprungen sein möge, nach außen hin doch vornehmlich so verstanden werden würde. In der Auslegung des Vertrags sich auf die Seite Sachsen zu stellen unternehmen außer dem Referenten Berger auch die Sprecher der Minderheit nicht. Sie wollten entweder keine weitere Ausdehnung des Staatseisenbahnbetriebs, oder hielten die vorliegende Ausdehnung desselben nicht für zweckmäßig, oder endlich die unlautere Entscheidung der Bahn — in dieser Stimmung schienen sich namentlich der Referent der Budgetcommission Abg. Berger zu befinden — ließ sie nicht zu objectiver Erwägung des politischen Charakters der Frage kommen. Die sächsische Regierung ist durch die Aufwerfung des Reichseisenbahnprojectes anscheinend in eine Stimmung leidenschaftlicher Angst um's Leben gerathen, die sie rücksichtslos alle Mittel ergreifen läßt, um Preußen und das Reich für immer von den sächsischen Schienenwegen auszuschließen. Daher hat sie mit schweren Opfern, wie sie selbst gesteht, alle Privatbahnen in ihrem Lande eiligst aufgekauft. Daher verleiht sie den Vertrag mit Preußen wegen der Berlin-Dresdener Bahn jetzt so ganz anders als 1872, wo er geschlossen wurde, und will nicht einmal die kleinste Strecke Schienenwegs in ihrem Lande in preussischem Betrieb und preussischer Verwaltung sehen.

Die Art und Weise, wie das Centrum in dieser Session die Debatten des Abgeordnetenhauses verschleppt hat, legt die Unmöglichkeit klar, den bisherigen Modus der Staats-Verathung fortzusetzen zu lassen. Die zweite Verathung der Etats hat trotz der Zuhilfenahme von Abendstunden fast volle fünf Wochen in Anspruch genommen. Das wäre nicht zu viel, wenn die für das Budget wichtigen Fragen dabei eine sachgemäße Bepfischung und Erledigung gefunden hätten. Es war dies aber nicht der Fall. Der „Culturkampf“ hat in der Staatsverathung diesmal einen so breiten Raum eingenommen, daß die eigentlichen budgetmäßigen Fragen dadurch fast vollständig in den Hintergrund gedrängt wurden. Am meisten ist

dieses hervorgetreten beim Etat des Cultus und des Unterrichts, wo die Ausgaben für Elementarschulen, Gymnasien, Universitäten, für Wissenschaft und Kunst, die überwiegend sachliche Momente darbieten, der Geschäftslage wegen nicht zur vollständigen Erörterung kommen konnten. Namentlich ist dieses zu bedauern in Betreff der für die communale Verwaltung des Unterrichtswesens und für das Budget gleich wichtigen Frage der Errichtung von Mittelschulen und der Staats-Zuschüsse an die Gymnasien. Von allen Seiten wird zugegeben, daß diese Zustände unbefriedigend sind, und nothwendig einer Abänderung bedürfen. In der gegnerischen Presse ist diese mehrfach betonte Nothwendigkeit zu dem Vorwurf gegen die nationalliberale Partei ausgebeutet worden, dieselbe gehe auf eine Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit aus. Dieser Vorwurf ist ganz und gar ungerechtfertigt. Es ist der Majorität der Volksvertretung nicht in den Sinn gekommen, irgend einer Partei das Recht der parlamentarischen Beschwerde über die Staatsverwaltung verweigern zu wollen. Aber, um daselbe auszuüben, bietet sich der Weg der Interpellationen und der selbstständigen Anträge. Daß die Redner des Centrums sich mit demselben nicht begnügen mögen, ist bei der von ihnen beliebten Kampfesart freilich kein Wunder. Sie würden gezwungen sein, ihre Klage stets genau zu specificiren und zu begründen, während sie sich bei der Budgetverathung meistens in sehr allgemeingehaltenen Entrüstungs-declamationen ergehen. Auch sind sie wohl der Meinung, daß die sog. Schwerinstage bei weitem nicht ausreichen würden, ihre Interpellationen und Resolutionen zu erledigen, und daß regelmäßig ein gut Theil derselben durch den Schluß der Session unter den Tisch fallen würde, während die Budgetverathung unter allen Umständen erledigt werden muß. Gerade diese letztere Erwägung aber erheischt dringend die Aenderung des bisherigen Verfahrens. Wie soll es möglich bleiben, die Dauer der Staatsverathung zum Zwecke eines rechtzeitigen Abschlusses auch nur annähernd zu berechnen, wenn Tag für Tag eine ganz schrankenlose Redeflut das Haus mit immer neuen Zwischenfällen übersühten und außerdem noch längst Abgethanes in immer neuen Variationen wiederholen darf! Es bleibt keine andere Möglichkeit, als im Wege einer Aenderung der Geschäftsordnung dem Uebel abzuhelfen.

Die Mitteltheilungen, welche von Mitgliedern der Fortschrittspartei über die Fraktionsverhältnisse des Reichstags veröffentlicht werden, zeigen leider, daß jene Partei die neue Situation im Reichstag noch immer nicht begreift, daß sie noch immer nichts gelernt und nichts vergessen hat. Angesichts der Thatfache, daß die conservativen Fraktionen sich zusammen auf rund 80 Mitglieder verstärkt haben, ist es geradezu unbegreiflich, wie man von einer kleinen Scheibung des Reichstags nach links um 5 Plätze reden kann. Unbekannt scheint es den Politikern und Correspondenten der Fortschrittspartei auch noch zu sein, daß jetzt fast daran gearbeitet wird, die neugegründete Partei der Deutsch-conservativen mit den Freiconservativen zu verschmelzen, so daß dann eine geeignete conservative Partei von circa 80 Mitgliedern vorhanden wäre. Aber abgesehen davon handelten die beiden Fraktionen der Rechten schon bei der Präsidentenwahl als eine Einheit, und forderten unter Hinweis auf ihre Gemeinsamkeit principiell die erste Vicepräsidentenstelle, eine Forderung, von der sie nur wegen der Person des Hrn. v. Stauffenberg und seiner Stellung im deutschen Süden Abstand nahmen. Daß es gänzlich unmöglich gewesen wäre, die 31 Fortschrittsmänner, selbst wenn sie durch einige Hospitanten auf 36 kommen, den 80 Mann der rechten Seite bei der Vicepräsidentenwahl voranzustellen, liegt doch wohl auf der Hand. Die weißen Bittel, die der Fortschritt für Herrn v. Jordan bedacht abgab, bedürfen eines Erklärungsgrundes. Alle Welt fand denselben in der Aufstellung Jordanbed's als Candidaten in den Berliner Wahlkreisen. Jetzt werden wir belehrt, daß es Herrn v. Jordanbed an Unparteilichkeit gefehlt habe. Dieser schwere Vorwurf wird in die Öffentlichkeit geschleudert, während selbst das Centrum die Unparteilichkeit Jordanbed's so sehr anerkennt, daß es dem Mitgliede des höchsten richterlichen Gerichtshofs ausnahmslos seine Stimme giebt. Wann werden der linken Seite unserer Fortschrittspartei die Augen über ihre eigene und über die allgemeine politische Situation aufgehen!

Ein Passus der Thronrede bezeichnet bekanntlich die bevorstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des Handelsvertrages mit Oesterreich als eine Vorbedingung der Reform unserer Zoll- und Steuersysteme. Ein Berliner Brief in der officiösen Wiener „Pol. Corr.“ sucht diesen Passus den Oesterreichern zu erläutern und bereitet diese vorsichtig auf unangenehme Dinge vor, wenn er diese auch noch zu verhüllen sucht. Es heißt darin: „Fürst Bismarck hat sich im vorigen Reichstage über die Richtung ausgesprochen, in welcher die Erneuerung der Handelsverträge sich zu vollziehen haben wird. Ohne den freihändlerischen Principien untreu zu werden, welche bisher die Zollpolitik Preußens und Deutschlands getragen und welche Preußen und Deutschland durch den Zollverein lange vor Erreichung der hohen militärischen Bedeutung und der politischen Einheit unserer Tage eine hohe wirtschaftliche Machtstellung einräumten, werden doch die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse mehr, als dies bisher der Fall war, in Berücksichtigung gezogen werden müssen, und das Prinzip der Gegenseitigkeit wird jene alten wohlbewährten Grundfeste nicht zu durchbrechen, wohl aber zu ergänzen bestimmt sein. In früheren Decennien sind die Handelsverträge zwischen benachbarten und nicht benachbarten europäischen Großmächten nur zu oft als Factoren politischer Combinationen verworfen und dem entsprechend zugeschnitten worden. Die Maxime, politische Geheiß durch wirtschaftliche Concessionen zu erkaufen, welche sich später zu einer schweren Benachtheiligung heimischer Interessen entwickeln könnten, dürfte deutscherseits definitiv und für immer aufgegeben sein. Als Preußen im Anfange der sechziger Jahre seine Handelsverträge negociirte, galten dieselben, in ihrer Tendenz ein Erzeugniß der Aera des zweiten Empire, in der Hauptsache als ein Mittel, die Regierungen und die Nationen einander zu nähern und zu befreundeten. So kam es, daß der wirtschaftlich

stärkere Staat an einzelnen Stellen dem politisch stärkeren Zugeständnisse machte, weil man in der Hauptsache ein politisches Geschäft abschließen wollte. Dergleichen dürfte sich in Zukunft nicht wiederholen. Die Freundschaft und Gerechtigkeit mächtiger Völker wird sich auf politischem Gebiete zu bewähren und zu erproben haben. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen müssen dagegen streng vom geschäftsmäßigen und geschäftsmännlichen Standpunkte aus in das Auge gefaßt werden. Auf diese Weise wird jeder Staat dem Mitcontrahenten am ehesten volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und die Möglichkeit wird ausgeschloffen bleiben, daß sich aus unbefriedigten wirtschaftlichen Beziehungen ein Stachel auf das politische Gebiet überträgt.“

Wir hatten einen der letzten Briefe desselben Correspondenten als „hochoffiziös“ bezeichnet; der Verfasser protestirte in dem folgenden Briefe gegen diese Bezeichnung, er will nicht „offiziös“, sondern nur „gut unterrichtet“ sein. Wir wollen hoffen, daß jene Ausführungen nicht die Ansichten unserer maßgebenden Kreise wiedergeben, sonst mühten wir den Schluß ziehen, daß es zu einer Erneuerung des deutsch-oesterreichischen Handelsvertrages überhaupt nicht kommen wird. Daß die wirtschaftlichen Dinge am schlechtesten dazu geeignet sind, um mit ihnen politische Geschäfte zu machen, ist ja sehr richtig, und wenn preussische Staatsmänner das früher beabsichtigt haben, so können wir diese Absicht nicht loben. Wenn aber angedeutet wird, daß wir seit dem Handelsvertrage mit Frankreich durch solche Verträge wirtschaftlich benachtheiligt worden seien, so ist dies eine Behauptung, die Niemand aussprechen sollte, ohne den ziffermäßigen Beweis dafür zu liefern. Die Handelsverträge waren ursprünglich nicht eine Idee des Empire, es kostete vielmehr Cobden viele Mühe, um den Kaiser für diese Idee zu gewinnen. Was aber unter dem Princip der Gegenseitigkeit verstanden wird, unter dessen Fittichen jetzt die schutz-zöllnerischen Ideen eingeschmuggelt werden sollen, darüber möge man den Leitartikel in heutiger Morgennummer nachlesen.

Die Wiener officiöse „Montagsrevue“ äußert sich in einer Besprechung der deutschen Thronrede u. A.: In Deutschland dürfe Oesterreich-Ungarn auf das rücksichtsloseste Verständnis seiner politischen Aufgaben und auf die wohlwollendste Unterstützung rechnen, ohne mit anderen Mächten, mit den Traditionen seiner Politik und mit den Aufgaben seiner politischen Lage in Widerspruch zu gerathen. Könne das deutsche Reich seine Kraft einsetzen für die Erhaltung des Friedens, so könne es das auch zum Schutze der conservativen Principien, auf denen das Dreikaiserbündniß aufgerichtet worden, in Betreff der Fragen des Orients. Eine Beträufung dieser für die politische Gestaltung Europas so wichtigen Thatfache könne aus den Worten der Thronrede ohne allen Zwang und ohne optimistische Selbsttäuschung allerdings gefolgert werden.

Während gestern Frieden geblasen wurde, liegen heute wieder kriegerische Nachrichten vor. Aus Jassy wird gemeldet: Den Bahnverwaltungen ist für den bevorstehenden russischen Truppentransport Bereitschaft anbefohlen worden. Die „N. fr. Pr.“ meldet aus Konstantinopel: Die serbischen Friedens-Verhandlungen sind suspendirt worden; das Zustandekommen des Friedens mit Montenegro gilt für unwahrscheinlich. Es wird wieder ein Wechsel im Großvezir in Aussicht gestellt.

Deutschland.

N. Berlin, 26. Febr. Auf Anregung von Vertretern ländlicher Wahlkreise hatte eine größere Zahl von Mitgliedern der national-liberalen Partei gestern eine vertrauliche Besprechung, an welcher außer den Abgg. Lasfer, Miquel, Richter und Wehrenpennig die Vertreter des ländlichen Grundbesitzes, insbesondere aus den neuen Provinzen Theil nahmen. Es handelte sich um eine Besprechung über die Beschwerden, welche vorzugsweise aus ländlichen Kreisen über das jetzige Steuersystem erhoben und von den Agrariern zu ihren politischen Zwecken im Interesse der conservativen Partei benutzt werden. Man war in der Versammlung darüber einig, daß es an der Zeit sei, durch eine eingehende und objective Prüfung an der Hand sorgfältig gesammelten Materials das Maß der Begründung dieser Beschwerden festzustellen. Einer Aufhebung der Grundsteuer, welche die Aufhebung der Gebäude- und Gemeindefsteuer zur gleichzeitigen Folge haben müßte, wurde von keiner Seite das Wort geredet, um so weniger, da die erstere fixirt, die beiden letzteren steigend seien. Ueber die Nothwendigkeit einer Reform der Stempelsteuer in dem Sinn, daß der Immobilienstempel herabzusetzen und der Ausfall durch eine Mehrbelastung der Umsätze des mobilen Capitals zu decken sei, bestand keine Meinungsverschiedenheit. Ebenso wurde vielfach betont, daß, wenn durch eine Reform des Steuersystems, insbesondere auch der indirecten Steuern der erforderliche Ersatz gefunden sei, die Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer auf die Communal-Verbände wünschenswerth wäre. Einen Hauptgrund der jetzigen Beschwerden fand man in der bestehenden Communalsteuergesetzgebung. Der vorläufige neue Entwurf des Communalsteuergesetzes wurde für ganz ungenügend gehalten und mindestens für eine Verbesserung erklärt. Es wurde der Gedanke ausgesprochen, daß bei Vertheilung der Communalsteuern auf Kreise und Kommunen mehr als bisher auf die Zwecke Rücksicht genommen werden müsse. Schließlich kam man dahin überein, eine Commission niederzusetzen, welche die angeregten Fragen sorgfältig untersuchen, das Material sammeln und, da die jetzige Session ihrem Ende nahe, womöglich bei Beginn der nächsten Session die Ergebnisse ihrer Prüfung der Partei vorlegen solle. Der ganze Verlauf der Discussion zeigte, wie leicht künstlich erregte Gegensätze auszugleichen sind, wenn die betreffenden Fragen in objectiver Weise vom Standpunkt der Gerechtigkeit und nicht vom Standpunkt einzelner Interessen aus behandelt werden. Die Aufgabe der liberalen Parteien wird es selbstverständlich immer sein, dieses gleiche Recht für Alle und die Interessen der Gesamtheit als den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen zu betrachten.

* Die zur Herstellung einer ausreichenden Küstenverteidigung der französischen Krieges-Entschädigung entnommenen 25 Millionen — schreibt die „Voss. Ztg.“ — sind in geeigneter Weise zu genanntem Zwecke verwendet worden. Der Stand der Befestigungen der deutschen Küste ist im gegenwärtigen Momente so weit vorgeschritten, daß sämtliche Haupt-Küstenpunkte als durch genannte Werte geschützt angesehen werden können. Küstenbefestigungen existiren an der Einfahrt in das Rurische Haff bei Memel, der Einfahrt in das Frische Haff bei Pillau, an der Weichselmündung, bei Weichselmünde, Neufahrwasser, bei Kolberg, an der Einfahrt in das Große und Kleine Haff bei Swinemünde und Peenemünde, zu Stralsund, an der Einfahrt in die Kieler Förde, am Haffsund bei Däppel-Sonderburg und die theils schon ausgeführten, theils allerdings erst in der Ausführung begriffenen gewaltigen Seefortifikationen der Elbe, Wefer- und Jähde-Mündung, wovon die letzteren mit der sehr starken Hafenbefestigung von Wilhelmshaven. Auch an der medlenburgischen Küste, welche 1870 noch gar nicht durch Fortification geschützt war, sind in den letzten Jahren Befestigungsarbeiten ausgeführt worden. Die Hauptstützpunkte für die Küstenbefestigung bilden in der Ostsee Pillau, die auf Danzig gestützten Seebefestigungen von Weichselmünde, Neufahrwasser und Swinemünde, die Hafen-Befestigungen von Riel mit Friedrichsort und Sonderburg-Düppel; in der Nordsee Wilhelmshaven und die Befestigung der vorgenannten drei Strommündungen. Die Ausrüstung aller dieser Küstenwerke ist mit schweren Küstengeschützen versehen. Torpedos werden in Zukunft für die Sicherstellung der am meisten bedrohten Küstenpunkte mitwirken. Für den activen Küstenschutz ist zur Zeit eine Panzer-Schachtschiff-Flotte von 5 Panzerfregatten, darunter 3 Schlachtschiffe erster Geschützstärke und eine mittelgroße Panzer-Corvette vorhanden, welchem Schiffsbestande eine sehr starke Panzer-Thurnschiff-Fregatte wahrscheinlich schon jetzt hinzuzutreten im Stande sein würde, während auf dessen fernere Verstärkung durch eine zweite gleichstarke Thurnschiff-Fregatte spätestens zum Beginn dieses Sommers gerechnet werden kann.

— Obgleich der Besuch der Kriegsakademie in Berlin namentlich durch strenge und eingehende Prüfungen sehr erschwert ist, findet doch ein großer Zubrang zu derselben statt, so daß gegenwärtig 134 Aspiranten den Eintritt nachsuchen, während höchstens 90 zugelassen werden. Die Auswahl erfolgt nach dem Ausfall der Prüfungen und der Führung des Nachsuchenden, doch zeugt ein solcher Zubrang von rüstigem wissenschaftlichen Streben der jüngeren Offiziere. Die kürzlich gemeldete allerhöchst angeordnete Neuorganisation des Cadetencorps kann erst allmählich erfolgen, zumal es eben sowohl an Lehrkräften, wie an dem erforderlichen Raum fehlt. Allem Anschein nach wird die neue Central-Cadetenanstalt zu Groß-Lichtenfelde bei Berlin schon im nächsten Jahre größtentheils ihrer Bestimmung übergeben werden können, wenn auch einzelne Theile, wie die beiden Kirchen (evangelische und katholische) noch in späterer Zeit vollendet werden. Die neue Anstalt ist zur Aufnahme von 1000 Cadetten eingerichtet, während sie zunächst höchstens 800 fassen wird (gegenwärtig sind gegen 700 hier).

— Die Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, so wie anderen Einnahmen haben im Reich für die Zeit vom 1. Januar bis zum Schluß des Monats Januar 1877 (verglichen mit demselben Zeitraum des Vorjahrs) betragen: 1) Zölle und gemeinschaftliche Verbrauchssteuern 17 390 940 Mk. (— 1 262 762 Mk.), 2) Wechselstempelsteuer 631 937 Mk. (+ 52 300 Mk.), 3) Post- und Telegraphen-Verwaltung 10 124 916 Mk. (+ 670 784 Mk.), 4) Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 2 625 666 Mk. (+ 95 429 Mk.).

* Die auch neulich bei Verathung des Medizinalgesetzes zur Sprache gekommene Reform des preussischen Medizinalwesens soll nun so schnell wie möglich ins Werk gesetzt werden. Zu diesem Zweck hat der vorgelegte Minister die wissenschaftliche Deputation für Medizinalwesen, die höchste technisch beratende Behörde, deren Mitglieder größtentheils aus Universitäts-Professoren bestehen, beauftragt, die geeigneten Vorschläge zu machen. Man glaubt, daß die Angelegenheit beschleunigt werden und bei diesem Anlaß auch die Einsetzung von Vorkommnissen zur Ausführung kommen wird. Dagegen scheint die Reform des Hebeammenwesens vorerst hinausgeschoben.

* Die Vorarbeiten zu einer von dem Statistischen Amte des Reiches in Anregung gebrachten Aufstellung einer Waarenstatistik kommen zum Abschluß, nachdem die Gutachten der Handelskammern und sonst noch Befragten Berücksichtigung gefunden haben. Es handelt sich vorzugsweise um Befestigung aller lästigen Förmlichkeiten und um Bewahrung des Geschäftsheimnisses, dann um Entfernung noch anderer technischer Schwierigkeiten, so daß man hoffen kann, es werde ein brauchbares Werk hergestellt sein, zumal das bestehende sich als unpraktisch erwiesen hatte.

• Posen, 25. Febr. Unser Polizeipräsident, bekanntlich Reichstags-Abgeordneter für den ostpreussischen Kreis Angersburg, dem er früher als Landrath vorgefanden, ist seit gestern nach Berlin gereist; an seine Stelle ist für alle Sessionswährend der ganzen Legislaturperiode Hr. Polizeirath Schön, früher in Danzig, substituirte. — Der zweite Baugewerksrat des Posener Bau-gewerksvereins wurde am 19. d. M. hier selbst abgehalten. Die „Posener Ztg.“ berichtet darüber in einem spaltenlangen Artikel, nimmt aber keine Veranlassung zu einigen kritischen Bemerkungen, die recht nahe liegen und interessant genug sind, um einer Rückblick auf die Verhandlungen auch an dieser Stelle zu versuchen. Die Thätigkeit des Provinzial-Vereins ist eine sehr eingeschränkte gewesen; er zählt nur 74 Mitglieder, von denen 13 dem Localverein zu Lissa, 20 dem zu Gnesen, 19 der Bauhütte zu Posen und 12 keinem bestimmten Unterverbände angehören. Schon diese Theilnahme ist nicht ermutigend, mehr noch wird verstimmt, wenn man vernennen muß, daß in der Posener Bauhütte statt der 52 statutarischen Sessungen nur 15 abgehalten sind, und daß nur eine geringe Anzahl von Lehrlingen die hiesige Handwerkerfortbildungsschule besucht hat, vornehmlich wohl aus dem Grunde, weil die Arbeitgeber beziehungsweise die Handwerksmeister auf die Anstalt

Febr.	Thunde.	Baromet.	Thermometer	Wind und Wetter.
		Stand in Par. Sinten.	im Freien.	
26	4	325,75	+ 3,3	SW. lebhaft, hell, wolfig.
27	8	328,57	— 2,2	W. S. lebhaft, hell, klar.
12		328,33	+ 1,4	SW. W. stark hell, klar.

Heute, Morgens 8 Uhr, starb nach nur
zweitägiger Krankheit an der Lungenent-
zündung mein innigst geliebter Vater, der
Königl. Staats-Anwalt
Rudolph Bodlen,
was ich im tiefsten Schmerze anzeige.
Danzig, den 27. Februar 1877.
Julie Bodlen,
geb. Schuessler.

Heute, Nachmittags 2 1/2 Uhr, starb
meine innig geliebte Frau **Johanna,**
geb. **Dahms,** im 28. Lebensjahre. Wer
die Hingefschiedene gekannt hat, wird
meinen Schmerz zu würdigen wissen.
Dieses zeige ich tief betrübt an.
Königsberg, den 26. Febr. 1877.
S. S. Zimmer.

Statt besonderer Meldung.
Nach 7täg. Krankenlager, starb heute
mein innig geliebter Mann, der
Königl. Zahlmeister-Aspirant **Paul
Kampff** im 29. Lebensjahre. Dieses zeigt
Verwandten u. Bekannten tiefbetrübt an
die tiefgebeugte Witwe
Clara Kampff,
geb. Bulcke.
Königsberg, den 15. Februar 1877.

Schützengilde Mewe.
Die Verpachtung der Restauration in
unserm Schützen-Club soll vom 1.
October cr. ab auf 6 Jahre erfolgen.
Hierzu steht ein Termin am
12. März cr.,
Nachmittags 2 Uhr,
in unserm Schützenlocale auf dem Schützen-
platze an.
Die Pachtbedingungen liegen in dem ge-
nannten Locale, beim Hauptmann Herrn J.
F. Schulz und beim Conditor Herrn Wilsch
in Mewe zur Einsicht an.
Der Vorstand.
J. F. Schulz.

Die Erneuerungsloose
4. Klasse 155. Königl. Lotterie sind —
unter Vorzeigung der bezüglichen Loose
3. Klasse —
bis zum 5. März, Abends 6 Uhr,
bei Verlust des Aushangs, einzulösen.
B. Kabus,
Königl. Lotterie-Einnehmer.

Damenfrisiren,
in und außer dem Hause, Abonnements bi-
ligst von **Emilie Lemke,** Jopengasse
No. 48. Jede Haararbeit wird verfertigt.

Ungarische Pflaumen
10 π für 2 π ,
Grobkörnigen Reis
15 π pro Ctr.
empfehlen
Adolph Eick, Breitgasse 108.

Schweizerkäse,
ächten und deutschen, in Broden von 100
und 150 π empfiehlt
Fr. Kossler, Scheibrittergasse 13.
Rehe, fette Puten und
Enten, große geröstete
Neunaugen
empfehlen
Magnus Bradtke.

Russische
Cigaretten
der Fabrik
„Eplre“, St. Petersburg,
empfehlen
Paul Zacharias,
Poststraße No. 3. (1051)

Stroh Hüte
zur Wäsche befördert
Maria Wetzel.
Neue Fassons liegen zur Ansicht.

Morrison's Hafen,
Firth of Forth, Schottland.
Dieser Hafen ist jetzt offen für Schiffe
von 400 Tonnen oder weniger G-halt.
Haus- und Maschinen-Kohlen
bester Qualität werden aus den Gruben der
Prestongrange Coal and Iron Company
geliefert.
Fire Clay-Waaren aller Art.
Keine Hafengebühren.
R. L. M. Kitt,
geschäftsführender Director.
Comptoir der Prestongrange Coal
and Iron Actien-Gesellschaft (Limited).
Prestonpans, Schottland, 15. Januar 1877.
Die Molkerei-Genossenschaft zu Stuhm
offert hier **Buttergasse 123** täglich
frische, feinste Tafelbutter für 1 π 40 π ,
Tafelbutter für 60 π , 40 π ,
Schweizerkäse für 80 π , 40 π ,
Schweizerkäse für 60, 50 u. 40 π pr. π .
bei 5 π billiger. (1047)

In Folge der vielfach an mich ergangenen Nachfragen nach
Königsberger Märzen-Bier in Flaschen zeige ich hierdurch er-
gebenst an, daß ich Herrn
J. Jacobson, Bier-Verlags-Geschäft,
113. Langgarten 113,
den Flaschenverkauf hiervon übertragen habe, und derselbe das vorzüg-
liche ächte Königsberger Märzen-Bier aus der Wolkholder
Brauerei in Flaschen stets vorrätig halten wird.
C. H. Kiesau.
alleiniger Vertreter der Königsberger Wolkholder Brauerei für Danzig
und Umgegend.

Bezugnehmend auf obige Annonce offerire ich
ächtes Wolkholder Märzen-Bier
50 Flaschen 6 Mark.
Aufträge nach außerhalb werden prompt effectuirt.
J. Jacobson,
Bier-Verlags-Geschäft,
113. Langgarten 113.
(1060)

Auction zu Vogelgreif bei Dirschau.

Dienstag, den 20. März 1877, Vormittags 10 Uhr, werde ich am angeführten
Orte im Auftrage der Herren Gutsbesitzer Ernst Wessel aus Stiblan und Wienz aus
Gzattkan, wegen Veränderung der Wirthschaft, an den Meistbietenden verkaufen:
86 Pferde, darunter Zug-, gute Arbeits- und ein,
zwei- und dreijährige Pferde.
42 Stück Rindvieh, darunter frischmilchende und hoch-
tragende Kühe, fette Ochsen, Bullen u. Störken.
22 Stück fette Schweine.
Ferner verschiedene Wagen, Ader- und Wirthschafts-Geräthe.
Fremdes Vieh und fremde Gegenstände dürfen nicht eingebracht werden.
Ich erlaube mir noch zu bemerken, daß am Auctionstage für die Herren Käufer
auf dem Bahnhofe Dirschau für Fuhrwerk nach Vogelgreif Sorge getragen ist.
Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction an-
zeigen; Unbekannte zahlen sofort.

Joh. Jao. Wagner Sohn,
Auctionator. Bureau: Hundegasse 111.
(1043)

So eben ist erschienen und vorrätig in **L. G. Homann's Buchhandlung,**
Prowe & Bouth, Danzig, Jopengasse 19:

Preussischer Kinderfreund.
Lesebuch für Volksschulen
auf Grundlage der 215. Auflage
nach den allgemeinen Bestimmungen
für Schulen beider Confessionen
ungearbeitet
von **Dr. Günther,** Seminar-Director in Angerburg, und **Strübing,** Sem.-Lehrer a. D. in Berlin.
mit einem Anhange, enthaltend: Die Heimathskunde der Provinz, in der das
Buch gebraucht wird.
Preis: 1 Mark.
Auf Veranlassung an maßgebender Stelle haben die Herren Herausgeber
diese Umarbeitung übernommen, nach den allgemeinen Bestimmungen das für die
Volksschule Brauchbare aus der deutschen Literatur gewählt und nach den Vor-
schriften des Königl. Preuss. Ministeriums alles Confessionelle entfernt.
Behufs Einführung stellt Probe-Exemplare auf Verlangen gratis zur Ver-
fügung **J. H. Bon's Verlag** in Königsberg in Pr., sowie obige Buchhandlung.

So eben erschien:
Zusammenstellung
von
120 Proben landwirthschaftl. Sämereien
und deren
wesentlichsten Unkrautbeimengungen
mit besonderer Berücksichtigung der östlichen Provinzen.
Mit begleitendem Text: Beschreibung von 80 Unkräutern nebst Angabe ihrer Blüthe-
und Reifezeit, der Mittel zu ihrer Vertilgung, der Bodenbeschaffenheiten, die sie
voraussetzen und der Größeverhältnisse der Samenkörner.
Von
Dr. Paul Oemler.
Preis inclusive Verpackung 25 Mark.
Danzig. **A. W. Kafemann.**
Verlagsbuchhandlung.

Im Möbel-Magazin
Kohlenmarkt 12
sind neue Tausen, Kanten, Schlaffophas
von 15 π an, Sophas von 5 π an,
polirte Kleiderchränke von 7—30 π , mah.
u. birt. Gallerieschränke, birt. Bettgestelle mit
Federmatratze à 15 π , mah. u. birt. Stühle,
stark durchgeleimt, Spiegel, Kommoden,
Kinder-Bettgestelle zu verkaufen. (1042)

Pianinos.
Das Vollkommenste der Neuzeit in höch-
ster Eleganz bei
leichter Zahlungswelse
mit bedeutenden Vortheilen billig und con-
stant, direct zu einem schlechten Fabrikate
Fabrik **Th. Woldenslaufer, Berlin,**
Gr. Friedrichstraße.
Beamten
und Allen mit regelmäßigem Einkommen
empfohlen. — **Kostenfreie Pro-**
bendung. Preis-Courant gratis.
P. P. Die Annonce ist der einzige Weg,
eine gute Sache Allen bekannt zu machen;
Reclema hat einem schlechten Fabrikate
noch niemals aufgeholfen! (702)
Gelegenheitsgedichte jeder Art fertigt
Agnes Döntler, Wipe, 3. Damm 13.

Hotel - Verpachtung
mit dem Vorkaufsrechte.
Wegen Krankheit des Besitzers soll
ein **Hotel L. Ranges** in einer Handelsstadt
von über 100,000 Einwohnern (Eisenbahn
und Schifffahrt), comfortable eingerichtet,
für 2800 Thlr. per Anno ver-
pachtet oder für 62,000 Thlr. verkauft
werden. Zur Uebernahme sind 8000 Thlr.
erforderlich. Näheres durch
Th. Kleemann in Danzig,
Brobbankengasse 33.

in rentables Mühlen-Grundstück,
Holländer, mit 3 Gangwerken, 5 Morgen
Land culmisch, Weizenboden und Gebäuden,
ist krankheitshalber billig zu verkaufen bei
6000 π Anzahlung. Reflectanten belieben
ihre Adresse u. 1030 i. d. Exp. d. Ztg. einzu-
reichen.
Die Herren Gutsbesitzer, welche
Milch lief. woll., w. erucht, sich
bei **Pockart, Heiligegeistg. 69** zu melden.

2 Schwarz-Schellen,
Ponys, sehr elegant, 4 Jahr alt, 4 Fuß 9
Zoll groß, stehen billig zum Verkauf.
Dominum Rosoggen
per Sorquitten.
(1044)

12 starke Zugochsen,
5—8 Jahre alt, in gutem Futterzustande,
stehen zum Verkauf bei **Sering, Dambigen**
bei Elbing. (1036)

1/4 Lotterieloose mit bezahlter 4.
Klasse 155. Lotterie
wird zu kaufen gesucht. Adressen werden mit
Preisangabe u. No. 1075 i. d. Exp. d. Z. erb.

Standesgemäße
Heirathen
für Officiere vermittelt unter
strengster Discretion der Eigen-
thümer **L. Körner, Berlin,**
Reichenbergerstraße 169.
Anfragen werden recondamirt
erbeten.

Bei dem Königl. Land-
rathsamte in Elbing wird
zum 1. April c. eine Kreis-
schreiberstelle vacant.

Eine ältere geprüfte Lehrerin, welche
8 1/2 Jahre in einer Stellung drei Mäd-
chen bis zu deren Einsegnung unterrichtete,
sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, vom 1. April
ein anderes Engagement. Auskunft ertheilt
gütigst Frau Ober-Regierungs-Rathin **Weg-**
ner in Danzig, Melzerstraße 14, 2 Tr.
Ein Sohn ordentlicher Eltern wünscht das
Material-Geschäft zu erlernen. Gefällige
Offerten w. u. 1061 i. d. Exp. d. Ztg. erb.

Zum ersten April d. J. ist in un-
serm Bank- und Wechsel-Geschäft
die Stelle eines **Lehrhelfers vacant.**
Meyer & Gelhorn,
Danzig. (1058)

Ein anständ. j. Mädchen, Schneiderin,
welches plätten kann u. in d. Wirthsch.
behilflich sein will, w. e. Stelle als Kammerj.
od. Nähterin i. d. Stadt od. a. d. Lande.
Gef. Off. w. u. 1057 i. d. Exp. d. Z. erb.
Stellung finden zum 1. April ein zweiter
Inspector u. ein Clebe bei
H. Kock in St. Duhig
bei Linde a. d. Ostbahn.
(972)

Ein junger Mann, Ober-Secundaner der
Realschule, sucht als Lehrling in ein
hiesiges größeres Comtoir zu April einzu-
treten. Gef. Adressen werden unter 1068 in
der Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein junges Mädchen,
welches 4 Jahre in Frankreich gewesen,
sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine
Stelle als Bonne oder in der Wirth-
schaft behilflich zu sein. Gef. Adr. u.
No. 1070 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.
Gründl. Nachhelfst., 3 π monatl., vom
1. April od. gleich, erh. e. Seminarist.
Adr. w. u. 1037 in der Exp. d. Ztg. erb.

2—3 SchülerInnen finden unter günsti-
gen Bedingungen zu Ostern, in
einer achtbaren Familie freundliche Aufnahme.
Adr. w. u. 1038 in der Exp. d. Ztg. erb.
2000 Thlr. werden sofort auf sichere
w. u. unter 1039 in der Exp. d. Ztg. erb.

12000 Mt. liche Hypothek sogleich
zu begeben. Directe Reflectanten belieben ihre
Adresse u. 1041 i. d. Exp. d. Ztg. einzur.

1 auch 2 Knaben finden gute Pen-
sion bei **Pockart, Heiligegeistgasse 69.**

Eine Wohnung,
bestehend aus 5 Zimmern nebst Zubehör, ist
Langenmarkt No. 21, 1 Treppe hoch, vom
1. April d. J. zu vermieten. Zu befehen
von 11 bis 1 Uhr Mittags. Näheres im
Comptoir dafelbst.

Auf Promanten, Schießstange oder an der
Kümmen wird eine **Parterre-Woh-**
nung gesucht. Off. u. 1069 i. d. Exp. d. Z.

Fraueugasse 10
empfehle einen kräftigen Mit-
tagstisch, von 12 bis 3 Uhr,
à Couvert 50 Pfennig, bei
3 Gängen.
J. Martens.
(1027)

Sintergasse No. 16
wird ein guter und fräftiger
Mittagstisch
in und außer dem Hause für 60 π ver-
abfolgt. Auch empfehle mich zur Ueber-
nahme und Ausrichtung für größere Ge-
schaften aller Art auf's angelegentlichste.
R. Helfritz.

Gratengasse 29, 2 Treppen, ist ein möbl.
Zimmer zu verm. u. gleich zu beziehen.
Sonnabend, den 3. März cr.,
Reunion im Casino.

Anfang 7 Uhr.
Bestellungen auf Concerts nimmt
der Deconom der Gesellschaft bis
Freitag, den 2. d. Mtz., entgegen.
Der Vorstand.
(1059)

Wiener Café-Haus
empfehlen
Pilsener Lagerbier,
a Glas 25 π ,
Cösliner Lagerbier
a Glas 15 π ,
Danziger Lagerbier,
a Glas 15 π .
Rob. Wentzel.
(924)

Hunde-Halle
verpachtet:
Wolkholder Märzen-Bier,
pro Glas 15 π .
Aecht Nürnberger Bier
(von J. G. Reiff, Nürnberg)
pro Glas 25 π . (1011)

Restaurant Punschke.
Jopengasse No. 24.
Heute Abend
Königsberger Niederfler.

Apollo-Saal
Hotel du Nord.
Heute Dienstag und morgen Mittwoch
die **Zauberwelt.**
Wunderbare Vorstellung, Magie, Optil und
galvan. Experimente
von **Steinhausen** u. Frau,
R. R. Hof-Künstler aus Berlin.
Billets bis 6 Uhr beim Portier Hotel du
Nord, Abends an der Kasse. Anfang 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.
Mittwoch, den 28. Febr. (6. Ab. No. 12.)
Der Widerspänstigen Zähmung.
Kom. Oper in 4 Acten von H. Gök.
Donnerstag, den 1. März. (6. Ab. No. 13.)
Anna-Weise. Schauspiel in 4 Acten
von F. Schiller. Hierauf: **Nimrod.** Pöffe
mit Gesang in 1 Act von Salinger.
Musik von Bial.
Freitag, den 2. März. (Abonnom. susp.)
Zum Benefiz für Herrn **Braun**
Die Jüdin. Große Oper in 5 Acten
von Halévy.
Sonnabend, den 3. März. (Abonnom. susp.)
Zu halben Preisen: **Die Schule des**
Lebens. Schauspiel in 5 Acten von
Rampach.

Selonke's Theater.
Mittwoch, 28. Febr. **Großes Concert.**
Des Herrn **Wagners** Verthe. Auffpiel.
Großmutterchen. Lustspiel. **Hermann**
und **Dorothea.** Pöffe mit Gesang.
Donnerstag, 1. März. **Gastspiel des**
Gymnastikers Herrn Marnitz mit
Eleven, sowie der Frau **Marnitz** vom
Walhalla Theater in Berlin.

Mittwoch, den 7. März, auf vielseitigen
Wunsch:
Großer Maskenball.

Ein gefir. braunes Tuch, ein schwarzer
Schawl ist irrthümlich aus dem „Hotel
zum Stern“ mitgenommen, bitte dafelbst
abzugeben. (1079)

Seit Kurzem hat sich in hiesiger
Stadt ein Gerücht verbreitet, daß
Fleischermeister unserer Zunft Pferde-
fleisch in ihren Geschäften verwerteten.
Der unterzeichnete Vorstand kann diesem
Gerüchte keinen Glauben schenken und
nur für eine Verleumdung halten, und
glaubt, daß es nur den Zweck haben
soll, den Fleischwarengeschäften einen
Schaden zuzufügen. Jeder Inhaber
eines solchen Geschäftes, beschäftigt
fremde Leute, und würde daher wohl
sehr bald ein Beweis herbeigeführt
werden können, wenn Jemand sich ein
solches Vergehen zu Schulden kommen
ließe.

Eine Belohnung von
150 Mark
zahlt daher unsere Zunftkasse Dem-
jenigen, der den Beweis führen kann,
daß ein Mitglied unserer Zunft,
Verderblichkeit in seinem Geschäfte ver-
werthet hat.
Danzig, den 26. Februar 1877.
Der Vorstand
der **Fleischer-Zunft.**

Dporto-Birnen,
Französische Birnen
und Äpfel,
Catharinen-Pflaumen
in verschiedenen Marken,
Türkische Pflaumen,
laure Kirschen empfehle zum bil-
ligsten Preise.
Albert Meck, Heiligegeist-
gasse 29.
Schleswig-Holstein-Lotterie, 3. Klasse,
Ziehung 7. März, Loose à 3 π 75 π ,
nur in geringer Anzahl; **Stettiner**
Pferde-Lotterie, Ziehung den 7. Mai cr.,
Loose à 3 π bei **Th. Bortling, Gerberg.**
Verantwortlicher Redacteur **H. R. K. K. K.**
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann**
Danzig.
Hierzu eine Beilage!

Beilage zu No. 10218 der Danziger Zeitung.

Danzig, 27. Februar 1877.

Danzig, 27. Februar.

* Bei der Ostbahn haben im Monat Januar d. J. die Gesamteinnahmen 3 259 748 M. betragen, 447 454 M. mehr als im Januar v. J. Aus dem Personenverkehr wurde, obwohl 19 521 Personen mehr befördert sind, gegen den Januar v. J. eine Mindereinnahme von 4964 M. aus dem Güterverkehr dagegen eine Mehreinnahme von 451 946 M. erzielt. Bei der Danziger-Eßliner Bahn betrug die Gesamteinnahme 107 227 M., 8045 M. weniger als im Januar 1876. Auch auf dieser Bahnlinie wurden 2030 Personen mehr befördert, welche hier 784 M. Mehreinnahme ergaben; dagegen betrug der Ausfall bei dem Güterverkehr 9167 M. Auf der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn wurden 10 021 Personen und 6357 Tilo Güter befördert. Die Einnahme aus dem Personenverkehr betrug 11 659 M., aus dem Güterverkehr 28 256 M., die Gesamteinnahme 41 226 M. Die ostpreussische Südbahn erzielte sowohl aus dem Personen- wie aus dem Güterverkehr höhere Einnahmen. Die Gesamteinnahme betrug 414 158 M., 16 957 M. mehr als im Januar v. J.

* Für die hiesige Petrischule ist die mündliche Abiturienten-Prüfung auf Sonnabend, 3. März, verlegt. Am 5. folgt dann die Abiturienten-Prüfung in der Johannischule und am 6. März die im Gymnasium.

Vermischtes.

Köln. Dieser Tage hat einer jener im Dunkeln schaffenden Ehrenmänner, welche die schöne Nachschube, den Wein, mit allerlei flüssigen und festen Substanzen „aufbessern“ vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte den verdienten Lohn gefunden. Ein in unserer Stadt wohnender Weinbändler aus Ostpreußen hatte einem hiesigen Restaurateur sechs Faß Wein geliefert, der aber von den Gästen so jämmerlich befunden wurde, daß sie ihn nicht trinken mochten. Der betrogene Wirth führte deshalb bei dem Händler Klage, der suchte sich damit aus der Sache zu ziehen, daß er angab, sein Küfer müsse den Wein gemacht haben. Der Küfer war über die Auslassung des Händlers in so hohem Maße entrüstet, daß er diesen wegen Verleumdung gerichtlich belangte; sodann erhob auch das öffentliche Ministerium gegen den Händler Klage wegen Betrugs. Die gerichtliche Verhandlung ergab, daß der dem Restaurateur gelieferte Wein (sechs Ohm) aus zwei Ohm Wasser, Wein aus verschiedenen Fässern, acht Flaschen Spirit und sechs Flaschen Glycerin zusammengefaßt worden war. Der Küfer hatte im Auftrage des Händlers fortwährend im Keller mit Spirit und Glycerin allerlei Mischungsstücke anzuführen müssen. Dieser Thatsache bemerkt, das also hergerichtete Getränk sei für Wein- und Wasser bestimmt. Den Rothwein hatte der Küfer aus eitel Wasser, Spirit, Farbe, Tannin und Glycerin fabriciren müssen. Auf die prächtige Entschuldigung des Beschuldigten, daß er seinen Wein — wohl mit etlichen Ausnahmen, wie Figura zeigt — nach Moskau schicke und deshalb den Spirit zusehe, bemerkte

der Präsident, er dürfe auch die Russen nicht vergiften. Im Hinblick auf die Gemeingefährlichkeit des Vergiftens beantragte der Vertreter des öffentlichen Ministeriums gegen den Fälscher eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und die Untersehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 1 Jahr. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis und 300 M. Geldbuße. Die Verleumdung brachte dem Beschuldigten daneben 1 Monat Gefängnis.

Stuttgart, 22. Febr. Der „Würtemb. Staats-Anzeiger“ schreibt: „Die auch in Stuttgart unter den Studirenden des Polytechnikums herrschende, mit dem Verbindungswesen im engsten Zusammenhang stehende Unsitte des Duellens hat in den letzten Tagen hier ein beklagenswerthes Opfer gefordert. Vergangene Woche fand zwischen den Angehörigen der Corps Rhénania B. Gummich aus Eßen und Stauffia L. Benz aus Stuttgart ein sogenanntes Bestimmungsduell, zur Einleitung der Aufnahme in den engeren Kreis der Verbindung, also ohne ein vorhergegangenes Zerwürfniß zwischen den Duellanten, welche sich kaum gekannt haben, mit Schlägern statt. Gummich brachte seinem Gegner Benz einige Kopfverletzungen bei, welche scheinbar unbedeutend waren und rasch heilten, aber nach drei Tagen eine Gehirnentzündung zur Folge hatten, denen der 21 Jahre alte junge Mann, Sohn einer hier lebenden Gutsbesitzer's-Wittwe, gestern früh erlag. Verächtliche Untersuchung wurde sofort eingeleitet und Gummich heute verhaftet.“

* Der bekannte Distanzreiter Oberleutnant Zubovics hat, wie das „N. B. Journal“ meldet, einen Schwimmt-Apparat für Pferde erfunden, welcher den Zweck hat, einer größeren oder kleineren Kavallerie-Abtheilung den augenblicklichen Uebergang über einen nicht überbrückten Fluß oder Teich zu ermöglichen. Der Apparat besteht aus zwei Taschen aus vulkanisirtem Kautschuk, welche durch je einen Schlauch mit pneumatischem Doppelverschluß mit condensirter Luft angefüllt werden, und welche auf beiden Seiten des Sattels mittels einer einfachen Schnallen-Combination in einigen Secunden leicht angebracht werden können. Sind beide Taschen luftleer, so wiegen sie zusammen vier Pfund und können, zusammengeworfen, bequem im Sattel versorgt werden. — Dieser Tage in Pest unternahm Zubovics einen Ritt in die Donau, um den Schwimmt-Apparat zu erproben. Er ritt auf einem ausgemusterten, älteren Cavalleriepferd vom linken Donau-Ufer in den Strom, welchen das Thier, das erst remorquirt wurde, in 20 Minuten ruhig durchschwamm und sich dann, auf festem Boden angelangt, in Galopp setzte.

Wien, 25. Febr. Die Vorbereitungen zu Richard Wagner's „Walküre“ sind im vollen Gange. Täglich werden Vormittags mehrstündige Arrangir- und Orchesterproben und Abends nach den Theater-Vorstellungen Decorations- und Beleuchtungsproben abgehalten. Das Werk geht den 5. März zum ersten Male in Scene. Die Träger der Hauptrollen sind die Damen Materna (Brunhilde), Ghyn (Sieglinde), Kupfer (Fricka); die Herren Labatt (Siegfried), Sacria (Wotan)

und Sablawek (Hunding). Die Rollen der Walküren sind in den Händen der Damen Dillner, Jaidé, Siegfried und Tremel. Sämmtliche neue Decorationen nach Skizzen des Malers Hoffmann von demselben entworfen und ausgeführt. Die Rüstungen, Waffen und Kostüme nach Angabe des Professors Döpler in Berlin (letztere in Wien) angefertigt. Musikalische Leitung: Hans Richter.

Meteorologische Depesche vom 26. Februar.

Ort	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C.	Bar.
8 Aberdeen	733,2	—	stille	Schnee	— 0,1
8 Copenhagen	728,3	NW	stark	Schnee	— 11,4
8 Stockholm	728,3	NW	stark	Schnee	— 11,4
8 Haparanda	736,7	N	mäßig	bed.	— 17,2
7 Petersburg	730,7	SE	schwach	Schnee	— 4,2
7 Moskau	—	—	—	—	—
8 Cork	752,8	NW	mäßig	wolkig	3,3
8 Breft	753,0	NW	frisch	bed.	10,0
8 Helber	737,7	NW	stille	Schnee	2,4
8 Sylt	737,6	NW	mäßig	wolkig	2,3
8 Hamburg	738,2	W	frisch	bed.	2,0
8 Swinemünde	737,1	W	mäßig	wolkig	1,2
8 Neufahrwasser	735,1	SEW	schwach	bed.	0,6
8 Memel	733,1	WNW	stark	bed.	— 1,5
8 Paris	—	—	—	—	—
8 Grefeld	740,3	SW	stürm.	wolkig	7,3
8 Karlsruhe	748,5	SW	stark	bed.	7,0
8 Wiesbaden	745,0	WSW	frisch	Regen	6,5
8 Cassel	741,8	WSW	stürm.	Regen	5,4
8 München	756,4	—	stark	bed.	6,1
8 Leipzig	742,0	—	stille	bed.	0,3
8 Berlin	740,6	SW	frisch	bed.	4,0
7 Wien	746,6	W	frisch	h. bed.	8,5
8 Breslau	743,1	WSW	mäßig	bed.	3,5

1) Gestern und Nachts Schnee. 2) Seegang mäßig. 3) See fast unruhig. 4) Nachtfrost, Reif. 5) Gestern starke Böen. 6) Böen. 7) Schneefloeden. 8) Nachts Schnee. 9) Gestern und Nachts Regen. 10) Gestern und Nachts Sturm und Regen. 11) Gestern stürmische Böen. 12) Regenböen. 13) Nachmittags und Abends stürmisch mit Regen und Schnee. 14) Nachmittags Regen.

Das tiefe barometrische Minimum, das gestern im mittleren Skandinavien lag, hat sich langsam ostwärts weiter bewegt, so daß im Nordwesten der Druck gestiegen, im Osten gefallen ist, doch zeigt sich starker Barometerfall auch auf dem Canal, woselbst, gleichwie in Westdeutschland, früher bis stürmischer Wind aus W. und SW. herrscht. Auf der Nordsee und westlichen Ostsee herrschen größtentheils schwache Winde mit kälterer Bitterung und vielfach Schneefall. Auch im übrigen Europa haben überall Niederschläge stattgefunden.

Deutsche Seewarte.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 26. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 120%, Franzosen 192%, Silberrente 54%, 1860er Loose 97%, Papierrente —, Galizier 172%, Goldrente 60%. Riemlich fest.

Amsterdam, 26. Februar. [Getreidemarkt.]

(Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, auf Termine willig, Weizen März 312, Weizen Mai 315. — Roggen loco unverändert, auf Termine fester, Weizen März 189, Weizen Mai 195, Weizen October —. — Raps Weizen Frühjahr — Fl., Weizen Herbst — Fl. — Rüböl loco 41, Weizen Mai 41, Weizen Herbst 39.

Wien, 26. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 62,35, Silber 67,45, 1864r Loose 105,50, Nationalb. 832,00, Nordbahn 1800, Creditactien 148,60, Franzosen 235,50, Galizier 210,25, Kaschan-Dorberger 85,00, Pardubitzer —, Nordwestbahn 112,25, do. Lit. B. —, London 124,70, Hamburg 60,70, Paris 49,50, Frankfurt 60,70, Amsterdam 103,50, Creditloose 162,00, 1860er Loose 109,00, Lomb. Eisenbahn 77,25, 1864r Loose 134,60, Unionbank 51,00, Anglo-Austria 70,60, Ravolcon 9,95%, Dufaten 5,92, Silbercoupons 113,60, Elisabethbahn 131,50, Ungarische Prämienloose 70,80, Deutsche Reichsbanknoten 61,15, Türkische Loose 17,00, Goldrente 73,90.

London, 26. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu letzten Montagspreisen gehandelt. — Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 17. bis zum 23. Februar: Englischer Weizen 4345, fremder 16 706, engl. Gerste 4208, fremde 8177, engl. Malzgerste 20 752, fremde —, engl. Hafer 1350, fremder 25 869 Dts. Engl. Mehl 19 614 Sad, fremdes 1959 Sad und 2492 Fsk. — Wetter: Stürmisch.

London, 26. Febr. [Schlußcourse.] Consols 96%, 5% Italiens Rente 71%, Lombarden 6%, 3% Lombarden-Prioritäten alte 9%, 3% Lombarden-Prioritäten neue —, 5% Russen de 1871 83 1/4, 5% Russen de 1872 83, Silber 56, Türkische Anleihe de 1865 11 1/4, 5% Türken de 1869 13 1/4, 5% Vereinigte Staaten Weizen 1885 —, 5% Vereinigte Staaten 5% fundirt 107 1/4, Oesterreichische Silberrente 54 1/4, Oesterreichische Papierrente 51, 6% ungarische Schatzbonds 81 1/4, 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission 77%, Spanien 11 1/4, 6% Berner 18%, Russen de 1873 82%, — Wagbiscout 1 1/4, Liverpool, 26. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Stetiger. Futures 1/4 d theurer.

Paris, 26. Febr. (Schlußbericht.) 3% Rente 73,12 1/2, Anleihe de 1872 106,32 1/2, Italiens 5% Rente 71,65, Ital. Tabaks-Actien —, Italiens Tabaks-Obligationen —, Franzosen 475,00, Lombardische Eisenbahn-Actien 163,75, Lombardische Prioritäten 231,00, Türken de 1865 12,07 1/2, Türken de 1869 64,00, Türkenloose 35,50, Credit mobilier 153, Spanier ext. 11 1/4, do. inter. 10 1/4, Suezcanal-Actien 663, Banque ottomane 376, Societe generale 505, Credit foncier 593, neue Egypter 176, — Wechsel auf London 25, 13 1/4. — Sehr fest und belebt.

Paris, 26. Febr. Productenmarkt. Weizen ruhig, Weizen Februar 27,50, Weizen März-April 28,00, Weizen Mai-Juni 29,25, Weizen Mai-August 30,00, Mehl ruhig, Weizen Februar 60,25, Weizen März-April 61,25, Weizen

Verantwortlicher Redacteur S. Rößner.
Druck und Verlag von A. W. Kosemann in Danzig.